



Protokoll der 38. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum: 21.05.2025
Ort: Bundesamt für Justiz, Bern
Zeit: 10.15 bis 14.30 Uhr

Aktenzeichen: 924-3723/14/2

Vorsitz:	Barbara Studer Immenhauser	Präsidentin Staatsarchivarin des Kantons Bern
Mitglieder:	Claude Béguelin	Arzt, Psychiater/Kinderpsychiater
	Thomas Gall	Stv. Geschäftsleiter der Opferhilfe beider Basel
	Jasmin Stern	Beraterin bei der Opferhilfe/Anlaufstelle Tessin
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Heinz Kräuchi	Betroffener
	Theresia Rohr	Betroffene
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Marcel Setz	Betroffener
Ex officio:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Stv. Leiterin Fachbereich FSZM / Kommissionssekretärin
Protokoll:	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM / Stv. Kommissionssekretär

Bundesamt für Justiz BJ
Sekretariat FSZM
Bundesrain 20
3003 Bern
Tel. +41 58 462 42 84
sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch
www.bj.admin.ch



1 Begrüssung und Mitteilungen

Die Präsidentin eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 12. Februar 2025 wurde bereits genehmigt und wird verdankt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor 3 Wochen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Simone Anrig berichtet, dass am 20. März 2025 auf Einladung des BJ ein Treffen mit den kantonalen Archiven in Bern stattgefunden habe. Das BJ habe dabei die Arbeit der Archive als wichtigen Beitrag zur allgemeinen und individuellen Aufarbeitung der Thematik der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 gewürdigt. Das BJ habe zudem Einblick gegeben in den Ablauf eines Gesuchsverfahrens für den Solidaritätsbeitrag. Die Durchführung und Entscheidungsfindung werde unter anderem durch die in den Archiven gefundenen Akten erheblich erleichtert. Das BJ habe sich für die wertvolle Zusammenarbeit mit den Archiven bedankt. Die Präsidentin verdankt das vom BJ organisierte Treffen der kantonalen Archive, auch an der Archivdirektorenkonferenz, welche vor ein paar Tagen stattgefunden habe, sei das Feedback durchwegs positiv gewesen.

Simone Anrig informiert weiter, dass sowohl im Kanton Schaffhausen als auch im Kanton Zürich momentan die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen würden, um voraussichtlich ab 2026 – zusätzlich zum Solidaritätsbeitrag des Bundes – kantonale Solidaritätsbeiträge ausbezahlen zu können.

Weiter informiert Simone Anrig, dass der Bundesrat ein im Auftrag des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) erstelltes Rechtsgutachten zur Verfolgung der Jenischen und Sinti an seiner Sitzung vom 19. Februar 2025 zur Kenntnis genommen habe. Er anerkennt, dass die im Rahmen des «Hilfswerks für die Kinder der Landstrasse» erfolgte Verfolgung der Jenischen und Sinti nach Massgabe des heutigen Völkerrechts als «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» zu bezeichnen sei. Für das begangene Unrecht bekräftigt der Bundesrat die bereits im Jahr 2013 gegenüber allen Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen ausgesprochene Entschuldigung. Das EDI werde nun mit Betroffenenorganisationen klären, inwiefern über die bereits ergriffenen Massnahmen hinaus noch Bedarf zur Aufarbeitung der Vergangenheit bestehe (vgl. [Medienmitteilung des Bundesrates vom 20. Februar 2025](#)). Es gelte in diesem Zusammenhang zu beachten, dass die Jenische und Sinti zwar als Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vom AFZFG¹ ebenfalls erfasst seien, darüberhinausgehende Aufarbeitungsmassnahmen speziell zugunsten der Jenischen und Sinti seien aber auf der Grundlage dieses Gesetzes nicht möglich.

Maria Luisa Zürcher und Heinz Kräuchi halten ebenfalls fest, dass nicht alle Aspekte der Verfolgung von Jenischen und Sinti durch das AFZFG abgedeckt seien und deshalb ihres Erachtens spezifische Aufarbeitungsmassnahmen zugunsten der Jenischen und Sinti zu prüfen seien.

Thomas Gall informiert, dass im kommenden Juni im Bistum Basel eine Aussprache zwischen dem Bischof und den Opferberatungsstellen des Bistums stattfinden wird. Dabei werde es um die neue Zusammenarbeit zwischen der Kirche und den Opferberatungsstellen gehen. Die Opferberatungsstellen sollen neu die Menschen beraten, welche Gewalt durch eine Per-

¹ Bundesgesetz vom 30. September 2016 über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG; SR 211.223.13).

son erlitten haben, welche für die Kirche tätig ist. Erfahrungsgemäss betrifft dies auch Menschen, welche unter das AFZFG fallen, wenn diese in Institutionen platziert wurden, welche von kirchlichen Organisationen geführt wurden.

Susanne Kuster (Vizedirektorin des BJ) stösst in Begleitung von Maria Schultheiss für ein kurzes Grusswort zur Sitzung. Susanne Kuster würdigt und verdankt persönlich die wertvolle Arbeit der beratenden Kommission, welche durch ihre Diskussionen und Empfehlungen einen wichtigen Beitrag zu den Entscheiden des BJ im Rahmen des Gesuchverfahrens um einen Solidaritätsbeitrag leistete. Sie informiert zudem, dass Reto Brand bekanntlich pensioniert werde und Maria Schultheiss, die aktuell noch als Direktionsadjunktin im BJ tätig sei, seine Nachfolge als Leiterin des Fachbereichs FSZM am 1. Juli 2025 antreten werde. Maria Schultheiss stellt sich selbst kurz vor und bringt ihre Freude auf die gemeinsame Zusammenarbeit zum Ausdruck.

2 Diskussion von Einzelfalldossiers

2.1 Fall aus Einspracheverfahren

Der beratenden Kommission wird ein Fall zur erneuten Diskussion unterbreitet, in welchem (auf Empfehlung der Cocosol) durch das BJ eine Abweisung des Gesuches um einen Solidaritätsbeitrag erfolgte, wogegen durch die gesuchstellende Person Einsprache erhoben wurde. Die Cocosol kommt aufgrund der neuen Vorbringen in der Einsprache zum Schluss, dass die Einsprache gutzuheissen sei und die gesuchstellende Person entsprechend Anspruch auf den Solidaritätsbeitrag habe.

2.2 Fälle aus früherer Sitzung

Anlässlich der letzten Sitzung hat die beratende Kommission in 2 Fällen Zusatzabklärungen und eine erneute Diskussion in der Kommission verlangt. Der Fachbereich FSZM informiert nun, dass die Zusatzabklärungen erfolgt sind, diese jedoch keine neuen Informationen hervorgebracht haben. Die beratende Kommission erachtet deshalb die Voraussetzungen für die Anerkennung der Opfereigenschaft nach wie vor als nicht erfüllt und empfiehlt beide Gesuche zur Abweisung.

2.3 Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

2.3.1 Die Präsidentin stellt fest, dass den Kommissionsmitgliedern seit der letzten Sitzung mit der Monatsliste Februar 2025 total 29 Fälle, mit der Monatsliste März 2025 total 27 Fälle und mit der Monatsliste April 2025 total 17 Fälle unterbreitet worden sind, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah.

Seitens der Kommissionsmitglieder gab es dazu jeweils keine Einwände und die entsprechenden Gutheissungsverfügungen wurden durch den Fachbereich FSZM danach versendet.

2.3.2 Mit der Monatsliste April 2025 wurde den Kommissionsmitgliedern zudem 1 Fall unterbreitet, bei dem der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsah, weil das Gesuch als offensichtlich unbegründet erachtet wurde. In den Monaten Februar und März 2025 gab es keine solche Fälle.

Von den Kommissionsmitgliedern gingen innert Frist keine Einwände ein, weshalb die Abweisungsverfügung durch den Fachbereich FSZM demnächst versendet wird.

2.4 Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission 12 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet. In 6 Fällen schlägt der Fachbereich FSZM eine Abweisung vor. 4 Fälle sind als Grenzfälle zu diskutieren und in 2 Fällen sieht der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vor. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission, 5 Gesuche gutzuheissen und 7 Gesuche abzuweisen.

3 Orientierung des Fachbereichs FSZM über den aktuellen Stand der Selbsthilfeprojekte und des Projekts Valorisierung der Forschungsergebnisse

3.1 Selbsthilfeprojekte

Am 3. Mai 2025 fand die Vernissage «Lebensgeschichten aus dem Erzählbistro» in Solothurn statt, welche sehr gut besucht war. An der Vernissage wurden 14 Lebensgeschichten von Betroffenen, welche diese mithilfe professioneller Begleitung niedergeschrieben haben, dem interessierten Publikum präsentiert.

3.2 Valorisierung der Forschungsergebnisse

Am 19. Mai 2025 traf sich der Beirat des Programms «erinnern für morgen» zu seiner zweiten Sitzung. Schwerpunkthemen waren das Konzept des geplanten Forschungsstands, welches vom Historiker Urs Germann vorgestellt wurde sowie die Handlungsmöglichkeiten des BJ im Bereich Weiterbildung.

Die Arbeiten für die Wanderausstellung und die Web-Plattform laufen weiterhin auf Hochtouren: Die Ausstellung startet am 30. Oktober 2025 im Musée Historique Lausanne. Ende September wird die nationale Webplattform aufgeschaltet.

Die Finanzhilfen für Vermittlungsprojekte Dritter sind nach wie vor sehr gefragt: Der Kredit für die Jahre 2025 / 2026 ist bereits fast ausgeschöpft. Ende 2024 wurde eine Liste der bereits genehmigten Gesuche auf die BJ-Website aufgeschaltet (siehe: [Finanzhilfen für Vermittlungsprojekte](#)).

4 Verschiedenes

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission findet am 13. August 2025, ab 10.15 Uhr, statt.

Die Präsidentin dankt den Kommissionsmitgliedern für die rege Beteiligung an den Diskussionen und für ihr Engagement und schliesst die Sitzung um 14.30 Uhr.



Procès-verbal de la 38^e réunion de la commission consultative (Cocosol)

Date : 21 mai 2025
Lieu : Office fédéral de la justice, Berne
Heure : de 10 h 15 à 14 h 30

N° du dossier : 924-3723/14/2

Présidence :	Barbara Studer Immenhauser	Présidente Archiviste cantonale du canton de Berne
Membres :	Claude Béguelin	Médecin, psychiatre/pédopsychiatre
	Thomas Gall	Secrétaire adjoint de l'association d'aide aux victimes des deux Bâle
	Jasmin Stern	Conseillère auprès du centre d'aide aux victimes du Tessin
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Heinz Kräuchi	Personne concernée
	Theresia Rohr	Personne concernée
	Christian Raetz	Ancien chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Marcel Setz	Personne concernée
Ex officio :	Simone Anrig	OFJ / cheffe de l'unité MCFA / secrétaire de commission
Procès-verbal :	Yves Strub	OFJ / unité MCFA / secrétaire de commission suppléant



1 Salutations et communications

La présidente ouvre la séance à 10 h 15 et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative.

Le procès-verbal de la séance précédente, qui s'est tenue le 12 février 2025, a déjà été approuvé. La présidente remercie la rédactrice.

Les documents du jour ont été envoyés aux membres de la commission il y a environ trois semaines. Tout le monde les a visiblement reçus à temps.

Simone Anrig informe qu'une rencontre avec les archives cantonales a eu lieu le 20 mars 2025 à Berne, sur invitation de l'OFJ. L'OFJ a salué le travail des archives, qu'il considère comme une contribution importante au travail de mémoire général et individuel sur le thème des MCFA. L'OFJ a également donné un aperçu de la procédure à suivre pour demander une contribution de solidarité. Les dossiers trouvés dans les archives facilitent considérablement le traitement et la prise de décision. L'OFJ a remercié les archives pour leur précieuse collaboration. La présidente remercie l'OFJ d'avoir organisé la rencontre avec les archives cantonales. Les retours sur la réunion de la Conférence des directrices et directeurs d'Archives suisses (CDA), qui a eu lieu il y a quelques jours, ont également été très positifs.

Simone Anrig informe en outre que les cantons de Schaffhouse et de Zurich sont en train de créer les bases légales nécessaires pour pouvoir verser, probablement dès 2026, des contributions de solidarité cantonales en plus de la contribution de solidarité de la Confédération.

Elle indique également que le Conseil fédéral a pris acte, lors de sa séance du 19 février 2025, d'un avis de droit sur la persécution des Yéniches et des Sinti, rédigé à la demande du Département fédéral de l'intérieur (DFI). Il reconnaît que la persécution des Yéniches et des Sinti dans le cadre de « l'Œuvre des enfants de la grand-route » doit être qualifiée de « crime contre l'humanité » au regard du droit international actuel. Le Conseil fédéral réitère les excuses qu'il a présentées en 2013 à toutes les victimes de MCFA pour l'injustice commise. Le DFI va maintenant déterminer avec les organisations de personnes concernées dans quelle mesure un travail de mémoire est encore nécessaire en plus des mesures déjà prises (voir le [communiqué du Conseil fédéral du 20 février 2025](#)). Dans ce contexte, il convient de noter que les Yéniches et les Sinti, en tant que victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et de placements extrafamiliaux, sont également couverts par la LMCFA¹, mais qu'il n'est pas possible, sur la base de cette loi, de prendre des mesures spécifiques en leur faveur.

Maria Luisa Zürcher et Heinz Kräuchi font également remarquer que tous les aspects de la persécution des Yéniches et des Sinti ne sont pas couverts par la LMCFA et qu'il faudrait donc, à leur avis, envisager des mesures spécifiques en leur faveur.

Thomas Gall informe qu'une discussion aura lieu en juin prochain dans le diocèse de Bâle entre l'évêque et les centres d'aide aux victimes situés dans le diocèse. Il y sera question de la nouvelle collaboration entre l'Église et les centres LAVI. Ces derniers doivent désormais conseiller les personnes qui ont subi des violences de la part d'une personne travaillant pour l'Église. L'expérience montre que certaines personnes placées dans des institutions gérées par des organisations ecclésiastiques sont de fait concernées par la LMCFA.

Susanne Kuster (directrice suppléante de l'OFJ) rejoint la séance en compagnie de Maria Schultheiss pour un bref mot de bienvenue. Susanne Kuster salue le précieux travail de la commission consultative et la remercie personnellement, car elle estime que ses discussions et ses recommandations contribuent de manière significative aux décisions prises par l'OFJ à

¹ Loi fédérale du 30 septembre 2016 sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA ; RS 211.223.13)

l'issue de la procédure de demande de contribution de solidarité. Elle rappelle en outre que Reto Brand va prendre sa retraite et que Maria Schultheiss, qui travaille actuellement comme adjointe de direction à l'OFJ, lui succédera à la tête de l'unité MCFA le 1^{er} juillet 2025. Maria Schultheiss se présente brièvement et dit qu'elle se réjouit de travailler avec la commission.

2 Discussion des dossiers individuels

2.1 Cas ayant fait l'objet d'une opposition

La commission consultative est saisie d'un cas dans lequel l'OFJ a rejeté la demande de contribution de solidarité (sur recommandation de la Cocosol). Cette décision a fait l'objet d'une opposition de la part du demandeur. Sur la base des nouveaux arguments avancés, la Cocosol conclut que l'opposition est recevable et que le requérant a donc droit à la contribution de solidarité.

2.2 Cas abordés lors de la séance précédente

Lors de la dernière réunion, la commission consultative a demandé des investigations supplémentaires et une nouvelle discussion dans 2 cas. L'unité MCFA indique maintenant que les investigations supplémentaires ont été menées, mais qu'elles n'ont pas apporté de nouvelles informations. La commission considère donc que les conditions pour reconnaître la qualité de victime ne sont toujours pas remplies et recommande le rejet des deux demandes.

2.3 Cas traités par voie de circulaire (listes mensuelles)

2.3.1 La présidente fait état du nombre de cas que l'unité MCFA envisageait d'approuver qui ont été soumis à la commission depuis la dernière séance par listes mensuelles : 29 cas en février, 27 cas en mars et 17 cas en avril.

Les membres de la commission n'ont pas formulé d'objections et l'unité MCFA a déjà envoyé les décisions d'approbation.

2.3.2 Sur la liste mensuelle d'avril figurait en outre un cas que l'unité MCFA proposait de rejeter, jugeant la demande infondée. Il n'y avait pas de cas de ce type en février et en mars.

Les membres de la commission n'ayant pas fait d'objections dans le délai imparti, l'unité MCFA procédera sous peu à l'envoi de la décision de rejet.

2.4 Nouveaux cas

Pour la séance du jour, l'unité MCFA a soumis 12 nouvelles demandes pour avis à la commission, proposant d'en rejeter 6, d'en approuver 2 et d'examiner plus avant 4 cas limites. Après discussion approfondie de chaque cas, la commission propose d'approuver 5 demandes et d'en rejeter 7.

3 Information de l'unité MCFA sur l'état des projets d'entraide et du projet de valorisation des résultats de la recherche

3.1 Projets d'entraide

Le vernissage des « Histoires de vie du Bistrot d'échange », qui a eu lieu à Soleure le 3 mai 2025, a connu un franc succès. 14 récits de vie de personnes concernées ont été écrits à l'aide de professionnelles et présentés lors du vernissage.

3.2 Valorisation des résultats de la recherche

Le comité du programme « se souvenir pour l'avenir » s'est réuni pour la 2^e fois le 19 mai 2025. Il s'est consacré au tour d'horizon des travaux de recherche existants, qui sera établi par l'historien Urs Germann, et aux possibilités d'action de l'OFJ en matière de formation continue.

Les travaux autour de l'exposition itinérante et de la plateforme web battent leur plein. L'exposition itinérante débutera le 30 octobre 2025 au Musée Historique de Lausanne et la plateforme web nationale sera mise en ligne fin septembre.

Les aides financières pour les projets de médiation de tiers sont toujours très demandées : le crédit pour 2025-2026 est déjà presque épuisé. Une liste des demandes déjà approuvées est disponible depuis fin 2024 sur le site de l'OFJ (voir [Aides financières aux projets de médiation](#)).

4 Varia

La prochaine séance de la commission aura lieu le 13 août 2025 à 10 h 15.

La présidente remercie les membres de la commission pour leur engagement et leur participation active aux discussions et clôt la séance à 14 h 30.